Hans-Jürgen SCHRÖDER

**DIE AMERIKANISCHE
DEUTSCHLANDPOLITIK UND DAS
PROBLEM DER WESTEUROPÄISCHEN
INTEGRATION 1947/48-1950**

I

Seit dem Ersten Weltkrieg haben die Vereinigten Staaten von Amerika die Entwicklung des europäischen Staatensystems ganz entscheidend beeinflusst. Möglichkeiten und Grenzen europäischer Kooperation sind daher nicht allein in einem europäischen Rahmen zu beurteilen; vielmehr erscheint es erforderlich, den Faktor Amerika in eine Würdigung der Erfolgchancen europäischer Integrationsbestrebungen einzubeziehen. Angesichts des zentralen Stellenwertes Deutschlands für die amerikanische Rekonstruktionspolitik in Europa werden im folgenden einige Aspekte der Interdependenz von amerikanischer Deutschlandpolitik und der Integration Westeuropas als eines erklärten Ziels der Washingtoner Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zur Debatte gestellt. Auf diese Weise soll auf einige widersprüchliche Tendenzen in der amerikanischen Politik in dem hier zu behandelnden Zeitraum hingewiesen werden. Um in diesem Zusammenhang auch die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität amerikanischer Europapolitik in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts anschnneiden zu können, sollen zunächst einige Grundtendenzen der amerikanischen Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg in ihrer Bedeutung für die europäische Entwicklung skizziert werden.

II

Die internationale Forschung hat sich seit Beginn der 1970er Jahre verstärkt einer Analyse von Antriebskräften und Ziel-

setzungen der amerikanischen Europapolitik seit dem Ersten Weltkrieg zugewandt. In kritischer Auseinandersetzung mit der sog. Isolationismusthese wurden unter Hinweis auf die indirekt-informellen Methoden der amerikanischen Außenpolitik der Zwischenkriegszeit die Bedeutung der USA für die innereuropäische Entwicklung betont und insbesondere der zentrale Stellenwert der amerikanischen Deutschlandpolitik herausgearbeitet. Deutschland wurde nach dem Ersten Weltkrieg nicht zuletzt deshalb relativ schnell zum Kernstück der amerikanischen Rekonstruktions- und Stabilisierungspolitik, weil die amerikanischen Führungseliten von Politik und Wirtschaft unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise von 1920/1921 zu der Überzeugung gelangt waren, daß die aus eigenen ökonomischen Interessen als notwendig erachtete Rekonstruktion Europas ohne die Einbeziehung des deutschen Industriepotentials und des deutschen Absatzmarktes nicht realisierbar war: « There can be no economic recuperation in Europe unless Germany recuperates », so hat Außenminister Hughes Ende 1922 diesen Zusammenhang wohl am prägnantesten formuliert¹. Der hier herausgestrichene Stellenwert Deutschlands resultierte für die amerikanische Diplomatie jedoch nicht ausschließlich aus wirtschaftlichen Überlegungen. Eine in Deutschland ansetzende Rekonstruktionspolitik eröffnete überdies die Perspektive, die gesamteuropäische Entwicklung nicht nur in ökonomischen, sondern auch in politischen Fragen entscheidend beeinflussen zu können.

Die mit dem Dawes-Plan einsetzende amerikanische Stabilisierungspolitik war in Deutschland nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil die deutschen Führungsschichten von Wirtschaft und Politik in ihrem außenpolitischen Kalkül zu einer engen

¹ HUGHES am 29. Dezember 1922 in New Haven, zitiert nach: *New York Times*, 30. Dezember 1922. Grundlegend zur amerikanischen Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg: Werner LINK, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932*, Düsseldorf 1970; wichtige Beiträge, die den neuesten Forschungsstand repräsentieren, enthält der Sammelband von Gustav SCHMIDT (Hrsg.), *Konstellationen internationaler Politik 1924-1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, Bochum 1983. — In den Anmerkungen, die sich aus Platzgründen auf die wichtigsten Belege beschränken, werden folgende Abkürzungen verwandt: ADAP/B = Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie B; CAB = Cabinet; FO = Foreign Office; FRUS = Foreign Relations of the United States; NA = National Archives, Washington D.C.; PRO = Public Record Office, London; PSF = President Secretary's File; RG = Record Group; T = Treasury.

Anlehnung an die USA zunächst keine Alternative gesehen haben. Die bereits 1918/19 formulierte Strategie, vor allem mit wirtschaftlichen Mitteln die Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen, war ohne Berücksichtigung der amerikanischen Interessen nicht realisierbar². Die sich hieraus ergebende Abhängigkeit der Weimarer Republik von den USA haben die Washingtoner Regierungen konsequent genutzt, um auf die gesamteuropäische Entwicklung Einfluß zu nehmen. Das gilt insbesondere in bezug auf innereuropäische Integrationsbestrebungen, deren mögliche wirtschaftspolitische Implikationen als grundlegende Herausforderung der Open Door Policy und damit eines zentralen Elements amerikanischer Außenpolitik interpretiert wurden. Neben dem Widerstand Washingtons gegen die von den Außenministern Briand und Stresemann in Thoiry 1926 ins Auge gefaßten wirtschaftlichen Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland³ ist vor allem das Schicksal des Paneuropaplans vom Mai 1930 zu nennen, der von Briand in Anknüpfung an seine Völkerbundsrede vom 1. September 1929 formuliert worden war. Gerade wegen der von Briand nicht verhehlten antiamerikanischen Stoßrichtung⁴ kam für die Reichsregierung eine Zustimmung zum Paneuropaplan überhaupt nicht in Frage⁵.

So stellte Staatssekretär Bülow auf der Ressortbesprechung vom 19. Juni in bezug auf den Paneuropaplan einleitend fest, daß die Reichsregierung « dem Plan des europäischen Zusammenschlusses » zwar « bejahend » gegenüberstehe, « jedoch unter wesentlichen Einschränkungen ». Die Reichsregierung wolle insbesondere keine Störungen in den Beziehungen zu den USA und Rußland⁶. Wenig später betonte für das Reichswirtschaftsministerium Staatssekretär Trendelenburg, daß Deutschland

² Vgl. Peter KRÜGER, *Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß*, Stuttgart 1973; LINK, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik*; Hans-Jürgen SCHÖDER, « Zur politischen Bedeutung der deutschen Handelspolitik nach dem Ersten Weltkrieg », in: Gerald D. FELDMAN u.a., *Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin 1982, S. 235-251.

³ Vgl. LINK, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik*, S. 348 ff.

⁴ Vgl. etwa die Äußerungen Briands gegenüber Stresemann am 11. Juni 1929, Aufzeichnung Schmidt, 11. Juni 1929, in: ADAP/B XII, S. 43 f.

⁵ Die Debatte innerhalb der Reichsregierung ist im wesentlichen dokumentiert in: ADAP/B XV und *Akten der Reichskanzlei*. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, Boppard 1982; vgl. die abgedruckten Dokumente bei Wolfgang Ruge/Wolfgang SCHUMANN, « Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930 », in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 20 (1972), S. 40-70.

⁶ Aufzeichnung Schnurre, 19. Juni 1930, in: ADAP/B XV, S. 191.

gerade im Hinblick auf die USA dem wirtschaftlichen Teil des Memorandums größte Aufmerksamkeit widmen müsse, denn Frankreich benutze die paneuropäische Idee sowohl als « Trumpf gegen die amerikanische Konkurrenz » als auch zur « Abwehr einer unmittelbaren kapitalistischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Amerika, die es besonders fürchte »⁷. Außenminister Curtius äußerte Anfang Juli 1930 vor dem Kabinett die Auffassung, die Reichsregierung müsse in ihrer Antwortnote deutlich machen, daß Deutschland « von der Notwendigkeit einer überkontinentalen Behandlung vieler politischer und wirtschaftlicher Fragen überzeugt sei und daß es keine gegen Amerika gerichteten Tendenzen dulden werde ». Schon aus diesem Grunde müsse die deutsche Antwortnote « für die Aktion Briands ein Begräbnis erster Klasse werden »⁸. Die hier nicht im einzelnen zu schildernden Debatten innerhalb der Reichsregierung und schließlich auch die deutsche Antwort auf das französische Paneuropamemorandum zeigen die große Bedeutung des Faktors USA für die europäische Entwicklung. Bis zu der seit 1933 beschleunigten Auflösung der deutsch-amerikanischen Interessenparallelität vermochte die Regierung in Washington aufgrund der Abhängigkeit der Weimarer Republik von den USA auf die innereuropäische Entwicklung entscheidenden Einfluß zu nehmen und europäische Integrationsbestrebungen abzublocken, wenn diese als Gefährdung amerikanischer Interessen definiert wurden⁹. Im Falle des Briandschen Paneuropaplans war die Abhängigkeit der Weimarer Republik von den USA derart wirksam, daß die USA ihr Ziel erreichten, ohne sich direkt durch diplomatische Aktionen exponieren zu müssen.

Allerdings manifestierte sich in diesem Widerstand der USA gegen europäische Integrationsbestrebungen eine Ambivalenz der amerikanischen Europapolitik der Zwischenkriegszeit. « Die Vereinigten Staaten wünschten einerseits im eigenen Interesse eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung in Europa und einen friedlichen Ausgleich der Antagonismen, weil dies die

⁷ Aufzeichnung Planck, 8. Juli 1930, ebenda, S. 308.

⁸ Ebenda, S. 309.

⁹ Vgl. ausführlicher mit weiteren Belegen Hans-Jürgen Schröder, « Widerstände der USA gegen europäische Integrationsbestrebungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1939 », in: Helmut Berding (Hrsg.), *Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1984 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 10), S. 169-184.

Voraussetzung für ein finanzielles Engagement und für die wirtschaftliche Expansion Amerikas war; andererseits beharrten sie ... auf einer separaten, bilateralen Regelung ihrer Beziehungen zu jedem einzelnen europäischen Staat und wähten hinter jeder europäischen Gemeinschaftsaktion oder Blockbildung anti-amerikanische oder doch zumindest die amerikanischen Interessen beeinträchtigende Tendenzen »¹⁰. Unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen der 40er Jahre vollzog sich in der amerikanischen Haltung gegenüber europäischen Integrationsbestrebungen zwar ein prinzipieller Wandel, dennoch ist die amerikanische Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls nicht frei von Widersprüchen, die sich nicht zuletzt aus der amerikanischen Deutschlandpolitik ergaben.

III

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Deutschland erneut zum Kernstück der amerikanischen Europapolitik¹¹. Von der Fülle der miteinander verschränkten politischen und ökonomischen

¹⁰ Werner Link, « Die Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und den USA », in: Manfred Knapp u.a., *Die USA und Deutschland. Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Rivalität und Partnerschaft*, München 1978, S. 78.

¹¹ Eine umfassende Gesamtdarstellung der amerikanischen Deutschlandpolitik in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg steht noch aus. Vgl. aus der Fülle der Spezialstudien zur amerikanischen Stabilisierungspolitik mit jeweils weiteren Literaturangaben: Werner ABBESHAUSER, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975; John M. BACKER, *Priming the German Economy. American Occupational Policies, 1945-1948*, Durham/N.C. 1971; John GIMBEL, *The American Occupation of Germany. Politics and the Military, 1945-1949*, Stanford 1968 (dt. 1971); ders., *The Origins of the Marshall-Plan*, Stanford 1976; Manfred KNAPP (Hrsg.), *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945*, Frankfurt/Main 1975; ders., *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945* in: Claus SCHARF und Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.), *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949*, Wiesbaden, 1977, S. 19-43. Ekkehart KRIPPENDORFF (Hrsg.), *The Role of the United States in the Reconstruction of Italy and West Germany, 1943-1949*, Berlin 1981; Werner LINK, « Zum Problem der Kontinuität der amerikanischen Deutschlandpolitik im zwanzigsten Jahrhundert », in: KNAPP, *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945*, S. 86-131; ders., « Der Marshall-Plan und Deutschland », in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 50/1980, S. 3-18; Rudolf RICHTER/Wolfgang F. STOLPER (Hrsg.), « Economic Reconstruction in Europe: The Reintegration of West Germany. A Symposium », in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 137 (1981); Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der aussenpolitischen Konzeption in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, 2. Aufl., Stuttgart 1980; Heinrich August WINKLER (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953*, Göttingen 1979 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5); während der Drucklegung erschienen: Axel FROHN, *Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945-1949*, Frankfurt/Main 1985.

mischen Motive, die die Regierung in Washington veranlaßten, innerhalb von weniger als zwei Jahren nach dem militärischen Sieg über das Dritte Reich in Westdeutschland eine Stabilisierungspolitik zu inaugrieren, sollen hier fünf Faktoren hervorgehoben werden :

1. Deutschland war ein wichtiges Konfliktfeld für Genesis und Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes. Im Interesse der Begrenzung und Zurückdrängung sowjetischer Einflußnahmen in den Westzonen schien eine Verhinderung von ökonomischem Chaos dringend geboten. Vor allem der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, Lucius D. Clay, hat auf diese Zusammenhänge wiederholt hingewiesen, die ihn veranlaßten, ab Frühjahr 1946 zu einer pragmatischen Stabilisierungspolitik in der amerikanischen Zone überzugehen¹².

2. Seit Anfang 1947 hatte sich innerhalb der Truman Administration die Auffassung durchgesetzt, daß bei der aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gebotenen ökonomischen Stabilisierung Westeuropas den westlichen Besatzungszonen Deutschlands eine Schlüsselfunktion zukam.

3. Die Schwäche Westdeutschlands eröffnete der amerikanischen Regierung wie nach dem Ersten Weltkrieg zugleich die besten Möglichkeiten, amerikanische Rekonstruktionshilfen mit der Durchsetzung eigener Ordnungsvorstellungen im binnen- und außenwirtschaftlichen Bereich zu verknüpfen.

4. Angesichts der engen Verzahnung von westdeutscher und westeuropäischer Rekonstruktion zeichnete sich hier vor allem in mittel- und langfristiger Perspektive die Möglichkeit ab, auf die Politik der westeuropäischen Staaten — insbesondere Frankreichs und Großbritanniens — mittelbar Einfluß zu nehmen.

5. Ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Westdeutschlands lag selbstverständlich auch im unmittelbaren ökonomischen Interesse der USA. Neben der Bedeutung Westdeutschlands als Absatzmarkt ist auch die Wiederbelebung von Industriekooperationen und Investitionen zu nennen. Die amerikanischen Füh-

rungseliten haben hier an die enge deutsch-amerikanische Kooperation in der Dawesplanphase angeknüpft¹³.

Die Herausbildung einer amerikanischen Stabilisierungspolitik in Westdeutschland ist ein sich in den Jahren 1946 und 1947 vollziehender Prozeß, der schon wegen der neuerdings stärker betonten Interessendivergenzen zwischen amerikanischer Militärregierung und State Department nicht auf einen starren « Wendepunkt » in der Washingtoner Politik fixiert werden kann. Die Entwicklung zu einer « konstruktiven » Deutschlandpolitik war lange angelaufen, bevor die « destruktive » deutschlandpolitische Weisung JCS 1067 vom Frühjahr 1945 dann Mitte 1947 durch die neue Weisung JCS 1779 offiziell zurückgenommen wurde, kurz nachdem Außenminister Marshall in seiner berühmten Rede an der Harvard-Universität vom 5. Juni 1947 ein umfassendes Wiederaufbauprogramm für Europa angekündigt hatte¹⁴. In einem grundlegenden Policy Statement, das im August 1948 abgeschlossen war, hat dann das State Department diese deutschlandpolitische Entwicklung prägnant zusammengefaßt : « The US is now completely committed to a far-reaching program of political and economic reconstruction for Western Germany ... »¹⁵. Sichtbaren Ausdruck fand diese Stabilisierungspolitik nicht zuletzt in der Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan und namentlich in der Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Beteiligung der drei Westzonen¹⁶.

Im Kontext der innerhalb der Truman Administration geführten Debatten über Vorbereitung und Durchführung des European Recovery Program ist der zentrale Stellenwert der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung für die ökonomische Rekonstruktion Westeuropas immer wieder hervorgehoben und daher eine Stabilisierungspolitik in Deutschland als letztlich alternativlos beurteilt worden. So heißt es etwa in einem grund-

¹³ Vgl. Werner LINK, *Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945-1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen*, Düsseldorf 1978.

¹⁴ Die Direktiven sind abgedruckt in : *Germany 1947-1949. The Story in Documents*, Washington 1950, S. 33-41 ; die Rede Marshalls vom 5. Juni 1947 in : Arthur M. SCHLESINGER (ed.), *The Dynamics of World Power. A Documentary History of United States Foreign Policy 1945-1973*, Vol. I, Western Europe (Robert Dallek, ed.), S. 52-54.

¹⁵ Department of State Policy Statement, Germany, 26. August 1948, in : *FRUS*, 1948, II, S. 1319.

¹⁶ Zum Themenkomplex Deutschland und der Marshall-Plan vgl. insbesondere die in Anm. 11 zitierten Beiträge von Manfred KNAPP und Werner LINK.

¹² Vgl. z.B. Clay an Echols und Peterson, 27. März 1946, in : Lean Edward SMITH (ed.), *The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945-1949*, Bloomington/Indiana 1974, S. 184.

legenden Memorandum vom Juli 1947 : The importance of Germany to general European recovery is well-known and requires no statistical illustration. No impartial student of Europe's pre-war economy can fail to appreciate the vital significance which German productivity and German markets have had. ... there can be no avoiding the fact that some further restoration of German production is essential to European recovery »¹⁷. Handelsminister Harriman plädierte kurz darauf gegenüber Präsident Truman für eine schnelle industrielle Rekonstruktion Westdeutschlands. Sie liege nicht nur im finanzielle Interesse der USA, sondern sei auch für einen Erfolg der Westeuropapolitik unabdingbar, faßte Harriman die Eindrücke einer Deutschlandreise zusammen : « We cannot revive a self-supporting Western European economy without a healthy Germany playing its part as a producing and consuming unit ». Das liege auch im Interesse derjenigen westlichen Alliierten, die weiterhin Hoffnungen auf Reparationsleistungen durch Demontagen setzten, denn : « The best reparations our Western Allies can obtain is prompt recovery of Germany »¹⁸.

Die Interdependenzen der Rekonstruktionsprozesse in Westdeutschland und Westeuropa wurden in dem bereits erwähnten Policy Statement analysiert, und ein Erfolg des Marshall-Plans wurde ausdrücklich von einer aktiven Stabilisierungspolitik in Westdeutschland abhängig gemacht : « Our interest in Germany's relation to ERP arises from the importance of Germany's economic position in Europe. Germany is potentially one of the most important European suppliers of such acutely needed commodities as coal, mining machinery, and industrial equipment. At the same time she is potentially an important market for European goods. German economic recovery is therefore vital to general European economic recovery. On the other hand, German economic recovery is largely dependent on the economic recovery of other European countries since they are the chief markets for her goods. It is US policy that the fullest possible recognition be given this interdependence in order to achieve the greatest over-all benefits for the European Recovery

¹⁷ « Certain Aspects of the European Recovery Problem from the United States Standpoint », 23. Juli 1947, in : *NA, RG 59*, Records of Charles E. Bohlen, Box 6.

¹⁸ Harriman an Truman, 12. August 1947, in : Harry S. Truman Library, Independence/Missouri, *PSF*, Germany.

Program »¹⁹. Und George F. Kennan stellte in dem vom Policy Planning Staff vorgelegten « Program for Germany », dem sog. « Program A » im November 1948 noch einmal klar, daß es in dieser Frage bei einer etwaigen Verständigung mit den Sowjets keinerlei Kompromißbereitschaft geben dürfte : « We would, however, accept no arrangements which could inhibit the Germans from participating in ERP. To do so would place Germany economically at the mercy of Russia and would defeat the purposes of this program »²⁰.

IV

Die Tatsache, daß Deutschland — wie nach dem Ersten Weltkrieg — zum Kernstück der amerikanischen Stabilisierungspolitik in Westeuropa wurde, hat für die europäischen Staaten schwerwiegende ökonomische und sicherheitspolitische Fragen aufgeworfen, vor allem für die westlichen Nachbarn und insbesondere Frankreich. Der neue Industrieplan für die Bizone vom August 1947 bot der französischen Diplomatie hinreichend Anlaß, ihre Besorgnisse zu artikulieren und eine Beteiligung an der Kontrolle des deutschen Industriepotentials an der Ruhr zu fordern²¹. Selbstverständlich war man sich auf amerikanischer Seite über die französischen Reserven gegen eine zu schnelle Rekonstruktion Westdeutschlands im klaren und namentlich im State Department wurde gelegentlich eingeräumt « that there is justness in the French conception of the interrelation between the level of industry plan and their security needs ».²² Zugleich wurde die These vertreten « that French cooperation is necessary both with regard to the solution of the German problem as well as the realization of the Marshall Plan for the economic recovery of Europe »²³. Doch haben derartige Erkenntnisse die Washingtoner Diplomatie allenfalls zu partiellen Zugeständnissen und

¹⁹ Department of State Policy Statement, Germany, 16. August 1948, in : *FRUS*, 1948, II, S. 1310; vgl. auch die Formulierung in der Direktive JCS 1779 : « An orderly and prosperous Europe requires the economic contributions of a stable and productive Germany ... ». In : *Germany 1947-1949*, S. 34.

²⁰ Policy Planning Staff Paper, 12. November 1948, in : *FRUS*, 1948, II, S. 1330.

²¹ Vgl. die Belege bei Pierre MELANDRI, *Les Etats-Unis face à l'unification de l'Europe 1945-51*, Paris 1980, S. 146 ff. und Alan S. MILWARD, *The Reconstruction of Western Europe 1945-51*, London 1984, S. 162 ff.

²² Memorandum Hickerson, Ward, Saltzman, 21. August 1947, in : *NA, RG 59*, 740.0019 Control (Germany)/8-2147.

²³ Ebenda.

taktischen Varianten veranlaßt²⁴. Im Kern wurde die amerikanische Deutschlandpolitik nicht modifiziert. Die Debatten im State Department machen dies deutlich. « In essence », so in einem Memorandum von Ende August 1947, das diese Diskussion zusammenfaßt, « we are asking the French to abandon their opposition to a new and higher level of industry plan without being willing to 'sweeten' this bitter pill in such a way that the French Government can justify its acquiescence in the new level of industry. Such a course is likely to make the French intransigent and to provide ammunition for Communist propaganda that we are interested exclusively in German recovery ... »²⁵. In seinem bereits erwähnten Bericht für Präsident Truman hatte Harriman ebenfalls unmißverständlich die Auffassung vertreten, daß man einer französischen Obstruktionspolitik von vornherein einen Riegel vorschieben müsse: « We must be sure that the French do not obstruct reconstruction under the cloak of fear of a military threat. The French are in fact suspicious of German recovery as a threat to their industry. ... Since the French are not sharing the bill, they would like to see Germany kept down industrially »²⁶.

Obstruktionspolitik und Intransigenz Frankreichs sind die Begriffe²⁷, derer sich amerikanische Diplomaten häufig bedienen, wenn sie sich mit der französischen Deutschlandpolitik zu befassen hatten. Murphy, der Political Adviser for Germany, der bereits wenige Monate nach Kriegsende auf die weitreichenden Gefahren eines wirtschaftlichen Chaos' in den Westzonen hingewiesen hatte²⁸, faßte Ende 1948 seine Kritik an dem — wie er meinte — überzogenen französischen Sicherheitsbedürfnis wie folgt zusammen: « ... progress has been impeded by French insistence on loading with the question of security every item, whether relating to the manufacture of aspirin or textiles,

²⁴ Vgl. etwa Harrimans Bemerkungen auf der Kabinettsitzung vom 18. Juli 1947: We must hold up announcements of expansion of aid to Europe and ... in levels of industry in Germany. This will give support to present French Government ». Truman Library, Matthew J. Connelly Papers.

²⁵ Memorandum Hickerson, Ward, Saltzman, 20. August 1947, in: NA, RG 353, Box 35.

²⁶ Harriman an Truman, 12. August 1947, in Truman Library, PSF, Germany.

²⁷ Vgl. etwa auch Memorandum Ray, 26. Januar 1949, in: NA, RG 59, 740.00119 Control (Germany)/1-2649: « Mr. Draper enlarged on the subject of French intransigence in relations with US and UK ... ».

²⁸ Vgl. Murphy an State Department, 30. September 1949, ebenda/9-3045.

traffic on the Rhine, the Occupation Statute, western German government, or the Ruhr Control Authority »²⁹. Diese Zielsetzung der französischen Deutschlandpolitik, so argumentierte Murphy, stehe in fundamentalem Widerspruch zu den Grundsätzen der amerikanischen Deutschlandpolitik: « In fact every issue has had attached to it French fear and apprehension, regarding security and commercial interest. This approach is inconsistent with our basic policy of reconstructing a peaceful and self-sustaining Germany and if it is continued it is doomed to failure for which the United States will be blamed and for which again the American taxpayer will foot an enormous bill. I have never believed in reparations as a security measure nor do I believe in the theory of prohibited and limited industries as a means of obtaining security. As an analogy, there were ample provisions in the Treaty of Versailles which would have prevented Germany after the first World War from becoming again an aggressor nation but in the absence of a determination by the Western Powers to take the necessary security action those clauses fell to the ground. Thus again tearing down factories and formulating control provisions will not provide security unless there is a continuing determination to prevent aggressive moves by prompt measures of intervention. Dismantling of plants producing consumers' goods will only succeed in delaying recovery and in defeating the underlying purposes of our European policy »³⁰.

Während der amerikanisch-britisch-französischen Gespräche über die Ruhr im November 1948 äußerte Außenminister Marshall zwar Verständnis für die Furcht der Franzosen vor einem Wiederaufbau des deutschen Kriegspotentials und räumte ein, daß die wirtschaftliche Rekonstruktion Westdeutschlands für Deutschlands Nachbarn Probleme aufwerfe: « The German economy was recovering rapidly. Growth of German economic power posed a problem to neighboring countries quite outside the matter of war potential »³¹. Marshall machte jedoch zugleich deutlich, daß die USA nicht bereit waren, von ihrer Rekonstruktionspolitik in Deutschland abzugehen und verwies darauf, daß

²⁹ Murphy an State Department, 13. Dezember 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 1339 f.

³⁰ Ebenda.

³¹ Minutes of Meeting of Foreign Ministers im Quai d'Orsay, 19. November 1948, in: FRUS, 1948, II, S. 520.

eine Wiederbelebung der westdeutschen Wirtschaft schon aus finanziellen Gründen für die USA von großer Bedeutung sei. Zugleich suchte Marshall die von Schuman im Zusammenhang mit der Ruhrfrage vorgebrachten französischen Bedenken mit dem Hinweis darauf zu zerstreuen « that the United States Government would not knowingly be involved in any procedure which would re-establish German power to a dangerous degree »³².

Allerdings stellte sich auch für die Washingtoner Regierung mit fortschreitenden Erholungstendenzen der westdeutschen Wirtschaft zunehmend die Frage nach Grenzen und Möglichkeiten einer Einbindung des westdeutschen Potentials in das westliche Staatensystem. Die 1945/1950 in den USA belebte Debatte über die Notwendigkeit einer westeuropäischen ökonomischen Integration macht dies deutlich. Zunächst stand jedoch für die Washingtoner Politik die ökonomische Rekonstruktion der Westzonen und deren Einbeziehung in einen zu fördernden westeuropäischen Integrationsprozeß aus wirtschaftlichen und politischen Gründen im Vordergrund.

Die im Kontext der amerikanischen Deutschlandpolitik innerhalb der Washingtoner Regierung angestellten Überlegungen einer Integration Westeuropas dokumentieren ein Element der Diskontinuität amerikanischer Europapolitik im 20. Jahrhundert. Denn während sich die USA in der Zwischenkriegszeit prinzipiell gegen europäische Integrationsbestrebungen gewandt hatten, hielt es die Truman Administration für geboten, die wirtschaftliche Integration Europas³³ zu propagieren: « Europe cannot recover from this war and again become independent if her economy continues to be divided into many small watertight compartments as it is today », hieß es in einem für Außenminister Marshall im Mai 1947 erstellten Memorandum³⁴. Der spätere Außenminister John Foster Dulles brachte diesen Gedanken einer wie auch immer gearteten « European economic federation »

³² Ebenda.

³³ Vgl. im einzelnen Ernst H. VAN DER BEUGEL, *From Marshall Aid to Atlantic Partnership. European Integration as a Concern of American Foreign Policy*, Amsterdam 1966; MELANDRI, *Les Etats-Unis face à l'unification de l'Europe*.

³⁴ Memorandum on the European Crisis von Under Secretary of State Clayton, 27. Mai 1947, in: Frederick J. DOBNEY (ed.), *Selected Papers of Will Clayton*, Baltimore 1971, S. 203.

auf die dramatische Formel « Europe Must Federate or Perish »³⁵. Als der Kongreß Anfang 1948 die gesetzlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Marshall-Plans schuf, wurde in der Präambel zum Economic Cooperation Act das Eintreten der USA für eine engere europäische Zusammenarbeit ausdrücklich betont³⁶. Die Haltung der amerikanischen Regierung wurde im August 1948 in einer Presseerklärung des State Department folgendermaßen definiert: « ... this Government strongly favors the progressively closer integration of the free nations of Western Europe. We believe that the world of today requires the taking of steps which before the war would have seemed beyond the range of practical politics. We favor the taking by the Europeans themselves of any steps which promote the idea of European unity or which promote the study of practical measures and the taking of such measures »³⁷. Die Truman Administration hat mit der von ihr verfolgten Integrationspolitik, die sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges auf Westeuropa zu beschränken hatte, dem Integrationsprozeß fraglos gewisse « Start-hilfen » gegeben. So waren die USA in der OEEC als assoziiertes Mitglied vertreten, wo sie — ebenso wie in anderen Gremien zur Realisierung des Marshall-Plans « als externe Elite interne Kontroll- und Leitungsfunktionen im Anfangsprozeß der europäischen Zusammenarbeit » auszuüben vermochten³⁸. Außen- und wirtschaftspolitische Zielsetzungen ergänzten einander. Neben der Beschleunigung der ökonomischen und politischen Stabilisierung Westeuropas zur Abwehr sowjetischer Einflüsse sollte die wirtschaftliche Integration im Einklang mit dem amerikanischen Freihandelspostulat die Liberalisierung des Außenhandels vorantreiben und dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem Auftrieb verleihen.

Im Kontext der amerikanischen Deutschlandpolitik schien eine westeuropäische Integration aus Washingtoner Sicht die

³⁵ Zitiert bei Werner LINK, « Die Rolle der USA im westeuropäischen Integrationsprozeß », in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 14/1972, S. 5.

³⁶ Vgl. auch die Präambel zum Economic Cooperation Agreement der USA und Großbritanniens mit der Bizone vom 14. Juli 1948, im Auszug abgedruckt in: *Documents on Germany Under Occupation 1945-1954*, London 1955, S. 318.

³⁷ Zitiert in: Memorandum Hickerson (Integration of Western Europe), 18. Oktober 1948, in: *NA, RG 59, 840.50/10-1848*.

³⁸ LINK, *Die Rolle der USA im westeuropäischen Integrationsprozeß*, S. 5.

Möglichkeit zu bieten, die divergierenden Tendenzen zwischen amerikanischer Deutschlandpolitik einerseits und gesamt-europäischen Erfordernissen andererseits zu harmonisieren. Bestehende Organisationen wie die OEEC konnten hier nach Auffassung des State Department den geeigneten Rahmen bieten, um derartige Zielkonflikte zumindest abzumildern³⁹. Hinzu kam seit Gründung der Bundesrepublik als zusätzliches Integrationsmotiv die verstärkte Sorge um deren künftige außenpolitische Orientierung und das eng damit verknüpfte Problem « how German industry may be made to serve the welfare but not the conquest of Europe »⁴⁰. Hier komme es darauf an, Organisationsformen zu finden « into which Germany can be 'integrated', by which Germany can be 'contained', in which Germany can play a peaceful, constructive but not dictatorial role »⁴¹. Außenminister Acheson betonte in diesem Zusammenhang, daß eine ökonomische Integration zur Lösung der deutschen Frage nicht ausreiche. So versicherte er Ende 1949 dem italienischen Botschafter « that we ... were hearty in favor of any constructive measures leading toward closer economic integration in Western Europe. I said that the problem had security, political and economic aspects. ... The question of Germany, however, was a political one and urgent. I saw it as of even greater urgency than action in the economic field. The question was what framework Germany should be integrated into and the framework would clearly have to be larger than continental if Germany were not to dominate it »⁴².

³⁹ « It is difficult for the occupying authorities to avoid approaching these problems from a 'German' as opposed to a 'European' point of view, since they are daily concerned with the great difficulties of rehabilitating German economic life and since they are likely to be judged by Congress and the public on the basis of the short-term results in alleviating the financial burden of occupation. These opposing tendencies should be offset by developing the closest possible cooperation between the occupying authorities and the governments of other European countries with a view to finding the best possible solutions to outstanding problems. Such cooperation should, whenever possible, be carried out within the framework of existing economic cooperation organizations such as OEEC and ECE ». Department of State Policy Statement, Germany, in: *FRUS*, 1948, II, S. 1310 f.

⁴⁰ Memorandum Porter, 14. Januar 1947, in: *NA, RG 59, 840.50/1-2247*.

⁴¹ Memorandum der Deutschlandabteilung im State Department (Germany in the European Context), 11. Februar 1950, in: *FRUS*, 1950, IV, S. 598. Vgl. auch die Äußerungen Achesons vor dem Kabinett am 5. Mai 1950: « It is essential that Germany be aligned with Western Europe and against Russia ». Truman Library, Matthew J. Connelly Papers.

⁴² Memorandum Achilles, 5. Dezember 1949, in: *NA, RG 59, 840.50/12-549*.

Allerdings lassen gerade die Ende 1949/Anfang 1950 innerhalb der amerikanischen Regierung intensivierten Debatten über das Deutschlandproblem und die westeuropäische Integration erkennen, daß die Truman Administration über kein klares Integrationskonzept verfügte⁴³. Hier hat dann auch die Kritik der britischen Regierung angesetzt, deren Beteiligung an einer westeuropäischen Integration von amerikanischer Seite wiederholt als notwendig definiert, aber nicht konsequent betrieben wurde. So wurden in den zahlreichen amerikanischen Stellungnahmen zum Integrationsproblem eher offene Fragen aufgelistet als konkrete Konzepte angeboten⁴⁴. Wiederholt wurde in einer Übersteigerung des « Rapallo-Traumas » die Furcht vor einer Ostorientierung der Bundesrepublik artikuliert und es als dringlich bezeichnet, die Westorientierung Bonns sicherzustellen⁴⁵. Aus historischer Rückschau muß diese Debatte überraschen, denn unbestreitbar ist die westdeutsche Außenpolitik bereits in der Gründungsphase auf die Westorientierung « eingepolt » worden, die neuere Forschung hat dies in überzeugender Weise herausgearbeitet⁴⁶. Hier wird auf die außenpolitischen Implikationen der Bizonegründung, der Wirtschafts- und Währungsreform vom Juni 1948 und insbesondere des Marshallplans verwiesen. Die Westbindung trägt aber bereits in ihrer Anfangsphase in bezug auf die westeuropäische Kooperation auch ambivalente Züge, denn die Westpolitik der jungen Republik ist gewissermaßen das Spiegelbild der Widersprüchlichkeit amerikanischer Deutschland- und Europapolitik. So unterstützte die Regierung Adenauer einerseits aktiv die Kooperation mit den westeuropäischen Staaten, andererseits wurde der Faktor Amerika im gesamtpolitischen Kalkül voll berücksichtigt. Auf deutscher Seite wurde selbstverständlich die Tatsache rezipiert,

⁴³ Vgl. hierzu auch den Bericht der Britischen Botschaft vom 15. November 1949, in: *PRO, T, 232/196*.

⁴⁴ Umfangreiches Material im Aktenbestand *NA, RG, 59, 840.50/...* und den entsprechenden Bänden der *FRUS*.

⁴⁵ Vgl. hierzu etwa Memorandum Cox, 13. März 1950, in: *FRUS*, 1950, IV, S. 608 ff.; außerdem Truman an Acheson, 16. Juni 1950, in: Ernst-Otto CZEMPIEL/Carl-Christoph SCHWETZER (Hrsg.), *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Opladen 1984, S. 116 f.

⁴⁶ So jetzt vor allem Manfred KNAPP, « Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im bizonalen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947-1949) », in: ders., *Von der Bizonegründung zur ökonomisch-politischen Westintegration. Studien zum Verhältnis zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen in der Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1947-1952)*, Frankfurt 1984, S. 13-93.

daß Westdeutschland bereits wenige Jahre nach Kriegsende zum Kernstück der amerikanischen Europapolitik geworden war. Der große Stellenwert der USA vor allem in wirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Kalkül der Bundesregierung manifestierte sich beispielsweise unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik, als das Kabinett im September 1949 auf die Abwertung des Pfund Sterling zu reagieren hatte und dieses Problem in bezug auf die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Implikationen nicht im europäischen Rahmen, sondern primär im Kontext der deutsch-amerikanischen Beziehungen anging.

Auch für die Deutsche Mark sei eine Abwertung aus wettbewerbpolitischen Gründen « unbedingt notwendig », betonte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard auf der dritten Sitzung des Kabinetts, denn die deutsche Wirtschaft sei « heute schon zu einem erheblichen Teil auf Export angewiesen ». Unter Abwägung dieser Exportinteressen der Bundesrepublik und den etwaigen sozialen Auswirkungen eines zu hohen Abwertungssatzes plädierte Erhard für eine Abwertung in der Größenordnung von 20 bis 25 %. Er warnte ausdrücklich davor, dem britischen Satz in Höhe von 30 % zu folgen. Dies könne man schon deshalb « nicht empfehlen, weil eine derartige Maßnahme sich nach außen hin so darstellen würde, als ob wir in vollkommenem Diktanzwang an das englische Pfund angehängt würden ». Dieses Argument wiege umso schwerer, als « eine Reihe europäischer Länder tatsächlich in Abhängigkeit vom englischen Pfund » stehe⁴⁷. Noch deutlicher als Erhard formulierte der Präsident des Direktoriums der Bank Deutscher Länder, Wilhelm Vocke vor dem Kabinett: Er warnte nachdrücklich vor der Gefahr einer DM-Abwertung im Verhältnis zum englischen Pfund « mit dem Ergebnis, daß wir künftig in den Sterlingblock eingerechnet werden. « Wer mitgeht, der ist drin », so Vocke. « Die Folge ist eine dreifache : Zunächst sind wir nicht mehr direkt das, was wir heute sind, nämlich ein Exponent der amerikanischen Politik, sondern wir werden von London aus gesteuert und dirigiert werden. Damit fallen auch die Hauptgründe weg, die unseren Fortschritt bedingt haben, und die freie Marktwirtschaft wird

⁴⁷ Wortprotokoll der Kabinettsitzung vom 21. September 1949, in : *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 1, 1949, Boppard 1982, S. 285.

beeinträchtigt werden ebenso wie die Hebung unseres Lebensstandards, der uns wesentlich dazu verholfen hat, die Fortschritte zu erzielen, die wir gemacht haben »⁴⁸. In ähnlichem Sinn verwies auch Erhard auf die Bedeutung der USA für die deutschen Entscheidungen. Er argumentierte, daß « es psychologisch günstig wirken und eine Vertrauensbasis schaffen » werde, « wenn wir mit einer Abwertung auf etwa 23,8 wieder an die alte Dollar-Relation heran kämen »⁴⁹. Mit Wirkung vom 19. September wurde dann in der Tat die Rückkehr zur alten Dollar-Mark Parität (vor 1934) vollzogen (4,20 DM bzw. 23,8 Cents)⁵⁰.

Hier manifestiert sich übrigens eine verblüffende Parallelität zur Weimarer Außenpolitik : Nach dem Ersten Weltkrieg suchte die deutsche Diplomatie den außenpolitischen Spielraum vor allem durch den Einsatz wirtschaftlicher Mittel und eine enge Kooperation mit den USA zu erweitern. Gustav Stresemann aber auch Heinrich Brüning sind Exponenten einer Konzeption, die insbesondere die Handelspolitik als Instrument der Außenpolitik einsetzte⁵¹. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bereits vor Gründung der Bundesrepublik an die Weimarer Außenpolitik in dieser Hinsicht konzeptionell angeknüpft. Die Außenwirtschaftspolitik sollte erneut zu einem Instrument der Außenpolitik werden : Weengleich man sich auf deutscher Seite durchaus darüber im klaren war, « daß aufgrund dessen, was geschehen ist, nicht über Nacht eine Gleichberechtigung geschaffen werden » könne, so müsse dieses Ziel doch für die nahe Zukunft anvisiert werden. Wichtigstes Mittel, dieses Ziel zu realisieren, sei das wiedererstarke deutsche Wirtschaftspotential, so ein Kommentar aus Kreisen der bayerischen Regierung im Herbst 1949 : die deutsche Handelspolitik müsse « künftig in stärkerem Maße ... ein Mittel der deutschen Gesamtpolitik — besonders auch der Außenpolitik — sein ... Wir müssen unser handelspolitisches Schwergewicht auch außenpolitisch in die Waagschale werfen, was umso eher möglich sein wird, als unser Schwergewicht als Warenabnehmer von zwei bis drei Milliarden Dollar in der

⁴⁸ Ebenda, S. 296.

⁴⁹ Ebenda, S. 287.

⁵⁰ Vgl. im einzelnen Friedrich JERCHOW, « Der Außenkurs der Mark 1944-1949, » in : *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 30 (1982), S. 256-298.

⁵¹ Vgl. Hans-Jürgen SCHROEDER, « Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise », in : *Geschichte und Gesellschaft*, 2 (1976), S. 5-32.

Weltwirtschaft des Käufermarktes sehr beträchtlich ist »⁵². Angesichts der dominierenden Stellung der USA in der Weltwirtschaft, der großen ordnungspolitischen Einflußmöglichkeiten Washingtons in den Westzonen und der von der Mehrheit der deutschen Führungsschichten in Wirtschaft und Politik angestrebten engen Kooperation mit den Vereinigten Staaten kann es aus historischer Perspektive kaum überraschen, daß die Bundesrepublik von Anfang an Exponent einer liberalen Außenwirtschaftspolitik war. Analog zur weitgehenden Systemkonformität mit den USA im binnenwirtschaftlichen Bereich, vollzog sich auch der « Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft » in enger Anlehnung an die von den USA postulierten Ordnungsprinzipien. Auch aus diesem Grunde war die Bundesrepublik ein Eckpfeiler der amerikanischen Außen- und Europapolitik, denn die anderen Hauptempfängerländer der amerikanischen Wirtschaftshilfe setzten den Washingtoner Liberalisierungsforderungen erhebliche Widerstände entgegen.

Aufgrund der engen Bindungen des westdeutschen Staates zu den USA, die sich vor allem im ökonomischen Bereich manifestierten, hatte sich bereits 1949 eine Art deutsche Sonderstellung in der Washingtoner Europapolitik herausgebildet. Die britische Regierung hat diese Sonderstellung der Bundesrepublik in Wirtschaftsfragen übrigens klar diagnostiziert. Es charakterisiert die bereits in der Gründungsphase der Bundesrepublik erkennbaren deutsch-amerikanischen Sonderbeziehungen, wenn beispielsweise innerhalb des Foreign Office im November 1949 die Frage diskutiert wurde, ob es angesichts der Bedeutung der Bundesrepublik im Kontext der amerikanischen Europapolitik nicht nützlich sei, den deutschen Wirtschaftsminister zu einem Besuch nach London einzuladen. An einen derartigen Besuch wurde von einigen Angehörigen des Foreign Office die Hoffnung geknüpft, Erhard könne zwischen den Regierungen in Washington und London vermittelnd eingreifen, um für die britische Regierung bei den anstehenden Verhandlungen mit den USA Konzessionen zu erwirken⁵³. Dieser Gedanke wurde aber gerade wegen der engen deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder fallen gelas-

⁵² Aktenvermerk v. Elmenau für Pünder, 31. August 1949, in : *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949*, Bd. 5, Januar bis September 1949, München 1981, S. 836.

⁵³ Vgl. Minute Kirkpatrick, 24. November 1949, in : *PRO, FO, 371/76887*.

sen : « It is unrealistic », notierte der Leiter der Deutschlandabteilung, Kirkpatrick, « to think that Dr. Erhard ist going to fight our battle with the Americans. He knows too well on which side his bread is buttered »⁵⁴. Der Staatssekretär im Foreign Office teilte diese Auffassung und hielt es für nutzlos « to ask Erhard here as a move in the battle to convert the Americans »⁵⁵. Robertson nahm diese Entscheidung zustimmend zur Kenntnis. « Erhard is largely in the pocket of the Americans, and any influence which he would bring to bear would likely to be on their side rather than on ours. However, in any case I hope that we have not yet sunk so low, as to want to use Germans as an intermediary between ourselves and our Allies »⁵⁶. Diese Sonderstellung der Bundesrepublik und die daraus resultierende Widersprüchlichkeit der amerikanischen Europapolitik sind durch die britische Europapolitik fraglos begünstigt worden⁵⁷.

Diese Widersprüchlichkeit manifestiert sich etwa in den Währungs- und Handelsgesprächen, die im September 1949 zwischen den USA, Großbritannien und Kanada in Washington geführt wurden. Die Nichtbeteiligung anderer Industriestaaten wurde mit dem Hinweis auf die hervorragende Rolle von Pfund Sterling und Dollar begründet : « The pound and the dollar are the two principal world trading currencies »⁵⁸. Bei der Abfassung des Schlußkommuniqués waren den Delegationen wegen möglicher negativer Reaktionen der nicht beteiligten westeuropäischen Staaten und den Auswirkungen auf die westeuropäische Kooperation offenbar Bedenken gekommen, denn sie versuchten möglicher Kritik durch die Betonung integrativer Wirkungen für die westliche Welt unter Hinweis auf die getroffenen Konsultationsabreden zuvorzukommen : « ... these arrangements for continuing consultation ... underline rather than diminish their interest in the development of economic cooperation within the entire community of western nations. The tripartite arrange-

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Foreign Office an Robertson, 25. November 1949, in : *PRO, FO, 371/76887*.

⁵⁶ Robertson an Foreign Office, 29. November 1949, ebenda.

⁵⁷ Zur britischen Europapolitik vgl. den Beitrag von D. Dilks in diesem Sammelband.

⁵⁸ Joint Communique Issued at the End of the Tripartite Discussion in Washington on 12th September, 1949, in : *PRO, T, 230/254*.

ments will not in any way encroach upon or detract from the area of competence of OEEC »⁵⁹.

Derartige Erklärungen können freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in den Washingtoner Währungsgesprächen eine « special relationship » zwischen Großbritannien und Nordamerika manifestierte. In internen Stellungnahmen des Foreign Office wurde dies auch entsprechend bewertet : « One of the interpretations of the Washington talks is that the Americans wish again to treat us as something distinct from Europe and are quite pleased that we should not go too far down the path »⁶⁰. Es stellt sich gerade in bezug auf die Washingtoner Währungsgespräche die Frage, ob das hier artikuliert⁶¹ Bedürfnis der britischen Regierung nach eine Fortentwicklung der seit der Jahrhundertwende etablierten « special relationship » zwischen London und Washington nicht durch den zentralen Stellenwert Deutschlands in der amerikanischen Europapolitik weiteren Auftrieb erhalten hat.

In richtiger Einschätzung der Prioritäten der amerikanischen Europapolitik, die Großbritannien und der Bundesrepublik eine Sonderrolle einräumte und die eine Beteiligung Frankreichs an einer langfristigen Kontrolle des deutschen Industriepotentials ausschloß, hat die französische Diplomatie dann mit dem Schuman-Plan⁶¹ die Initiative ergriffen, um der Gefahr einer wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik durch Kooperation wenigstens partiell entgegenzuwirken. « ... the Schuman Plan », heißt es in einer ausführlichen Analyse für das britische Kabinett, « appears as the latest attempt by the French to retain some control over German heavy industry. Their aim is now to replace some of their evaporating powers by obtaining influence indirectly in a manner politically acceptable to the Germans »⁶². Auch in der historischen Analyse hat diese Beurteilung Bestand⁶³.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Minute Berthoud, 29. September 1949, in : PRO, FO, 371/75592.

⁶¹ Vgl. Raymond POIDEVIN, « Frankreich und die Ruhrfrage 1946-1951 », in : *Historische Zeitschrift*, 228 (1979), S. 317-334 ; Roger BULLEN, « An Idea Enters Diplomacy : The Schuman Plan, May 1950 », in : Roger J. BULLEN u.a. (Hrsg.), *Ideas into Politics. Aspects of European History 1880-1950*, London 1984, S. 193-204 ; MILWARD, *The Reconstruction of Western Europe*, S. 382-420, mit weiteren Literaturhinweisen.

⁶² Report by a working Party of Officials on the Treaty Constituting the European Coal and Steel Community (Schuman Plan), Kabinettsvorlage vom 26. Juni 1961, in : PRO, CAB, 134/230.

⁶³ Zum Wandel der französischen Integrationskonzeptionen vgl. jetzt zusammen-

Die amerikanische Reaktion auf den Schuman-Plan war grundsätzlich positiv⁶⁴. Zwar hatte der amerikanische Außenminister seine zustimmenden Bemerkungen mit dem bezeichnenden Hinweis versehen, er hoffte, daß das Projekt auch anderen Staaten offenstehe⁶⁵, doch überwog in Washington zunächst Erleichterung über die Perspektive eines deutsch-französischen Ausgleichs. Präsident Truman nannte den Schuman-Plan auf einer Pressekonferenz am 18. Mai 1950 einen « act of constructive statesmanship. We welcome it. This demonstration of French leadership in the solution of the problems of Europe is in the great French tradition. This proposal ... opens a new outlook for Europe. ... We are gratified at the emphasis this proposal places upon equal access of coal and steel to all Western European countries ». Wenn es gelinge, die Verhandlungen über den Schuman-Plan erfolgreich abzuschließen, dann könne dies ein wichtiger Beitrag sein « to end the age-old rivalry between France and Germany and result in a far more peaceful and productive Europe »⁶⁶.

V

Die Reaktion der Truman Administration auf den Schuman-Plan dokumentiert besonders deutlich den Wandel der amerikanischen Europapolitik, denn im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit war Washington jetzt bereit, innereuropäische Integrationsbestrebungen im Prinzip zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten haben mit dem Marshall-Plan der westeuropäischen Kooperation fraglos auch wichtige « Starthilfen » gegeben. Doch wurden diese Impulse zum Teil wieder abgeschwächt, als sich herausstellte, daß die USA über konkrete Integrationskonzepte nicht verfügten. Gerade angesichts der Tatsache, daß Westdeutschland erneut Kernstück der amerikanischen Stabilisierungspolitik in Europa wurde, wären vor allem mit Rücksicht auf das französische Sicherheitsbedürfnis detaillierte Integrations-

fassend Wilfried LOTE, « Die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg in französischer Perspektive », in : BERDING, *Wirtschaftliche und politische Integration*, S. 225-246.

⁶⁴ Vgl. im einzelnen FRUS, 1950, III, S. 691-767.

⁶⁵ *Department of State Bulletin*, 30. November 1947, S. 1028.

⁶⁶ Trumans Äußerungen sind abgedruckt in : *Public Papers of the Presidents of the United States*. HARRY S. TRUMAN, 1950, Washington 1965, S. 418.

konzepte erforderlich gewesen. Ungeachtet der skizzierten Ambivalenz in der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik, die durch die «special relationship» zwischen London und Washington noch verstärkt wurde, zeichneten sich in der inner-amerikanischen Integrationsdiskussion in den Jahren 1947/1948 bis 1950 zwei Grundtendenzen ab : Bis zur Gründung der Bundesrepublik stand die Propagierung der wirtschaftlichen Integration im Vordergrund der Überlegungen. Mit fortschreitender Rekonstruktion Westdeutschlands und der erneuten Verschärfung des Ost-West-Konflikts wurden verstärkt auch Probleme der politischen Integration unter Einbeziehung Großbritanniens diskutiert, um die Westbindung der Bundesrepublik langfristig sicherzustellen. Das Fehlen konkreter Integrationskonzepte zur Lösung des deutschen « Problems » hat dann dazu beigetragen, daß die französische Diplomatie mit dem Schuman-Plan die Initiative ergriff.